

**Wahlprogramm
der FDP Harburg-Land
für den Kreistag
2026 bis 2031**

**Kreisverband
Harburg-Land**

FDP

1. **Zukunft mit liberaler Handschrift**

Für die FDP steht der Mensch mit seiner individuellen Freiheit und seiner eigenen Verantwortlichkeit im Mittelpunkt.

Auf dieser Grundlage werden wir weiterhin die politischen Entscheidungen im Landkreis Harburg im liberalen Sinne entwickeln und vertreten.

Es gilt eine verlässliche Politik auch in bewegter Zeit zu entwickeln und zu vertreten.

Die Freien Demokraten vor Ort sind immer für Anregungen und Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger offen.

Im effizienten Einsatz kommunaler Leistungen sehen wir eine Möglichkeit, die finanziellen Mittel besser zu verwenden. In bewegten Zeiten brauchen wir geistig bewegliche Politiker, die neue Herausforderungen innovativ bewältigen und gleichzeitig bewährte Werte unserer Gesellschaft schützen.

Zur Kommunalwahl am 13. September 2026 stellen wir unser Programm vor, welches der Leitfaden unserer Arbeit im Kreistag sein wird.

2. Zukunft verändert den Landkreis – Entwicklung nicht gegen den Bürger

Wichtigste Voraussetzungen für einen auch zukünftig attraktiven Landkreis Harburg sind die Bürgerinnen und Bürger, die Wertschöpfung und die Lebensqualität vor Ort in unseren Gemeinden. Die Freien Demokraten setzen sich für ein umfassendes Zukunftskonzept für unseren Landkreis Harburg ein, das die besondere Lage in der Metropolregion Hamburg ebenso berücksichtigt, wie die strukturellen Nachteile durch eine schwache örtliche Kaufkraftbindung. Die richtige Beurteilung der Auswirkungen der demografischen Entwicklung für unseren Landkreis ist die entscheidende Zukunftsaufgabe.

Der Zustrom von neuen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in die Metropolregion Hamburg bringt neue Chancen für den Wandel in der Bevölkerung - auch aus demografischer Sicht. Wir setzen uns mit den Auswirkungen auf den Einzelhandel, dem Grundstücksmarkt und der Infrastruktur im Interesse aller Akteure unseres Landkreises auseinander.

Der Arbeitsplatzmangel im Landkreis Harburg ist bedenklich. Aus raumordnerischer Sicht führt die großräumige Trennung von Wohnen und Arbeit zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen mit den entsprechenden negativen Auswirkungen. Das von uns mitgestaltete Regionale Raumordnungsprogramm (RROP) gibt den Rahmen für die Entwicklung des Landkreises vor.

Aus der Sicht der Wirtschaft schwächen die hohe Anzahl an Auspendlern den lokalen Einzelhandel. Jährlich verliert der Landkreis Harburg zu viel Kaufkraft an die benachbarten Kreise und an Hamburg. Aus kommunaler Sicht gefährdet die Abhängigkeit von Arbeitsplätzen außerhalb des Landkreises mittel- bis langfristig die Haushaltslage. In unserem Landkreis wird im nächsten Jahrzehnt der Bevölkerungsanteil deutlich auf über 65 Jahre steigen. Durch diese demografische Entwicklung werden die Steuereinnahmen des Landkreises daher weiter sinken lassen.

Deshalb fordert die FDP, dass:

- Die Steuergelder sinnvoll ausgegeben werden;
- Die Verwaltungskosten der Kommunen gesenkt werden;
- Der Schuldenabbau beschleunigt wird
- Das politische Handeln auch von Weitsichtigkeit für unsere nachkommenden Generationen geprägt ist.
- Gilt es, Entwicklungen zu erkennen, zu bewerten und entsprechend zu gestalten

3. Wirtschaft fördern und Arbeitsplätze sichern

Der demografische Wandel verändert den Arbeitsmarkt in der Metropolregion Hamburg schneller und grundlegender als vielfach angenommen wird. In Zukunft stehen einer immer größer werdenden Anzahl an älteren Erwerbstätigen immer weniger jüngeren Beschäftigten gegenüber. Daraus ergeben sich wichtige Handlungsfelder für Wirtschaft, Verwaltung und Politik. Eine zukunftsfähige soziale Marktwirtschaft muss dabei Menschen unabhängig von Alter, Herkunft und Bildung miteinbeziehen, ihre Vielfalt und Talente nutzen und ihnen Aufstiegschancen und Akzeptanz eröffnen. Der Landkreis Harburg als gründungsintensivster Landkreis in

Niedersachsen, benötigt weitere Unternehmensansiedlungen und die damit einhergehenden wohnortnahen Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Die FDP setzt dabei vor allem auf den Mittelstand, da mittelständische Unternehmen auch in Zeiten konjunktureller Schwäche stabile Arbeitsplätze bereitstellen und sich am besten auf dem sich stetig verändernden Arbeitskräftemarkt einstellen können. In enger Kooperation mit der Metropolregion Hamburg und unseren Gemeinden muss der Landkreis wirtschafts- und beschäftigungspolitische Zukunftsfelder entdecken, Rahmen schaffen und Unternehmen in diesen Feldern Lösungen anbieten.

Deshalb werden wir für den Landkreis Harburg:

- Existenzgründer unterstützen;
- Bestehende Betriebe pflegen;
- Unternehmensnachfolge unterstützen und begleiten;
- Schnelle und unbürokratische Genehmigungsverfahren anstreben;
- Eine niedrige Steuer- und Abgabenlast sicherstellen;
- Netzwerke zwischen Unternehmen, Kammern, Verbänden, Hochschulen und der kommunalen Verwaltung fördern;
- Die Ausbildungsfähigkeit junger Menschen gemeinsam mit den Bildungseinrichtungen fördern;
- Erwachsenenbildung stärker an Bedürfnissen des Arbeitsmarktes zu orientieren.

Die **Landkreis-Politik** muss weitere Rahmenbedingungen schaffen, die Betrieben und Unternehmen die Ansiedlung im Landkreis erleichtern. Die Wirtschaftsförderungs-Gesellschaft des Landkreises (WLH) leistet hier vorbildliche Arbeit und findet breite Anerkennung, ohne finanzielle Belastung für den Steuerzahler. Wir sehen für den Landkreis die gewerbliche Entwicklung weiter vorrangig in den zentralen Orten und den Anschlussstellen der Bundesautobahnen. Der Landkreis muss mit seinen Stärken an der Wertschöpfung in der Metropolregion teilhaben. Die Abstimmung der Gewerbeflächenentwicklung im Landkreis Harburg muss verbessert werden. Als Träger der Planungshoheit sind die Gemeinden für die Entwicklung von Gewerbegebieten verantwortlich. Wir setzen uns im Landkreis dafür ein, dass sich die Städte und Gemeinden bei der Ausweisung von Gewerbegebieten abstimmen, ohne dass dabei ein fairer Wettbewerb beschädigt wird. Unternehmen und Existenzgründer haben die Wahl zwischen vielen

Standorten. Investitionen werden dort getätigt, wo es eine optimale Infrastruktur, Entwicklungsperspektiven und Ertragsaussichten gibt und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter attraktive Lebensbedingungen vorfinden. Wir werden uns weiterhin für diese Bedingungen stark machen.

Der Landkreis braucht dringend den Ausbau einer modernen Infrastruktur für schnellen Datentransfer als wichtigen Standortfaktor (Stichworte Glasfaser, Digitalisierung). Deshalb fordern die Freien Demokraten den weiteren Ausbau und die Komplettierung des Glasfasernetzes für den gesamten Landkreis mit Hochdruck voranzutreiben. Neben Gewerbe- und Wohn-Gebieten ist besonders auch der ländliche Raum mit geringer Bevölkerungsdichte entsprechend zu erschließen. Dabei sind mögliche Fördermöglichkeiten optimal zu nutzen sein. Finanzkraft und Arbeit für den Landkreis schaffen auch Heide- und Elb-Tourismus sowie die Naherholung. Die ländlichen Gebiete unseres Landkreises besitzen einen hohen Freizeit- und Erholungswert, den es zu bewahren gilt – auch als Wirtschaftsfaktor

4. **Familie – die Keimzelle unserer Gesellschaft**

Ein Landkreis, der auf Wachstum von Wirtschaft und Beschäftigung setzt, muss für Familien mit Kindern attraktiv sein. Sie sind der wichtigste Pfeiler für die Stabilität der demografischen Pyramide. Daher sind Rahmenbedingungen anzustreben, die Familien privat und beruflich größtmöglich entlasten.

Familien wünschen sich ein lebenswertes Umfeld, das sie aktiv mitgestalten können. Das gilt für Spielflächen und Sportvereine ebenso wie für Krippen, Kindertagesstätten und Schulen. Ein nachfragegerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungsangebot ist eine wichtige Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu gehört auch die Förderung betrieblicher Kinderbetreuung.

Wir befürworten gemeinsame Projekte von Kindertagesstätten, Schulen und Senioreneinrichtungen, damit Kinder den Zusammenhalt der Generationen erleben und ältere Menschen aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Den Bundesfreiwilligendienst für alle Generationen begrüßen wir ausdrücklich. Er kann Kindertagesstätten, Senioreneinrichtungen und andere soziale Einrichtungen sinnvoll unterstützen und zugleich das bürgerschaftliche Engagement.

Wir nehmen die gesellschaftliche Entwicklung zur Kenntnis, dass traditionelle Familienstrukturen nicht

mehr der Regelfall sind. Wir erkennen in unserem freiheitlichen Weltbild alle Lebensgemeinschaften an und fördern, dass alle Menschen – unabhängig von Alter, Religion, Geschlecht, sexueller Identität und Familienbild – einen sicheren Halt in unseren Kommunen finden und sichern diesen dabei unsere Unterstützung zu.

Die Betreuung und Förderung von Kindern und Jugendlichen hat für uns höchste Priorität. Gemeinsam mit Bund und Land wollen wir auch künftig Projekte zur Stärkung der kommunalen Jugendarbeit unterstützen und weiterentwickeln. Wir unterstützen die Arbeit nichtstaatlicher Organisationen in den Bereichen politische Bildung, Soziales Engagement und Kultur. Dabei ist uns die aktive Teilhabe von Menschen mit Behinderung besonders wichtig. Begegnung, gemeinsames Lernen und Mitwirken sollen selbstverständlich sein und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Inklusion darf kein Schlagwort sein.

Die „Istanbul Konvention“ verpflichtet Landkreise und kreisfreie Städte zur Schaffung von geeignetem und ausreichendem Schutzraum für Opfer häuslicher Gewalt. Die FDP unterstützt hier die Zusammenarbeit von AWO und Herbergsverein mit unterschiedlicher Funktion und Expertise. Die AWO stellt hier das Frauenhaus als direkten Schutzraum zur Verfügung, während der Herbergsverein die Frauen auf ihrem Weg in ein möglichst schnell wieder selbstbestimmtes Leben begleitet.

5. Bildungschancen für alle stärken

Für Freie Demokraten haben Investitionen in Bildung höchste Priorität. Wir wollen Kindern und Jugendlichen die individuelle Chance bieten, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen und unabhängig von Herkunft, Elternhaus und Wohnort sozialen Aufstieg zu ermöglichen. Passgenaue Angebote und Entwicklungsmöglichkeiten wirken sich dabei nicht nur positiv auf die Kinder und Jugendlichen aus, sondern auch auf die Lebensqualität der Familien insgesamt.

Bildung ist in unserer Gesellschaft und Wirtschaft ein zentraler Faktor. Allen Menschen größere Chancen zu eröffnen, ist eine der wichtigsten Aufgaben unseres Bildungssystems.

Wir Freie Demokraten wissen, dass viele schulische Probleme nur durch Innovation und Tatkraft vor Ort – also durch Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern – gelöst werden können. Dazu muss der Landkreis als Schulträger die Schulen ermutigen und finanziell unterstützen. Schulbauten müssen den Anforderungen der Zukunft entsprechen – modern, digital und barrierefrei. Gleichzeitig müssen Planung und Umsetzung in einem verantwortbaren finanziellen Rahmen erfolgen, damit notwendige Investitionen dauerhaft tragfähig bleiben.

Wir wünschen uns mehr Wettbewerb zwischen den Schulen, um die Unterrichtsqualität zu steigern, und

sprechen uns gegen Schuleinzugsbezirke aus. Wir streben Verhältnisse an, die es Eltern ermöglichen, ihre Kinder an den Schulen ihrer Wahl anzumelden. Deshalb haben wir uns neben den bisherigen Gesamtschulen in Buchholz, Winsen und Seevetal auch für die Einrichtung zweier neuer Gesamtschulen in Hollenstedt und Hanstedt stark gemacht.

Wir Freie Demokraten stehen auch weiterhin für den Erhalt der Gymnasien. Gemeinsam mit Förderschulen, Hauptschulen, Oberschulen, Realschulen, Gesamtschulen und den Berufsbildenden Schulen (BBS) entsteht ein vielfältiges Bildungsangebot, das Schülerinnen und Schüler entsprechend ihrer individuellen Lernstärke fördert.

Wir Liberale stehen für ein vielfältiges Angebot, auch durch freie Träger, sowie für die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen. Wir unterstützen die Fortschreibung der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung, um zielgenau auf Veränderungen reagieren zu können. Zur Verbesserung der Chancengleichheit brauchen wir eine gezielte Förderung leistungsschwächerer Schüler in allen Schulformen.

Wir unterstützen die Zusammenarbeit aller Schulformen mit der Zukunftswerkstatt und dem Medienzentrum des LK Harburgs.

Wir halten die Schulsozialarbeit für unabdingbar. Wir wollen weiterhin das Land nicht aus seiner Verantwortung der Finanzierung entlassen.

Die FDP fordert zudem, dass Menschen allen Alters die Möglichkeit bekommen, sich entsprechend ihren Interessen weiterzuentwickeln und zu bilden. Das betrifft zum einen (außer-)betriebliche Weiterbildungsangebote, von denen ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht ausgeschlossen sein dürfen. Zum anderen brauchen wir flexible und qualitativ hochwertige Bildungsmöglichkeiten, die auf die

Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren zugeschnitten sind, um somit der Altersdiskriminierung entgegenzuwirken. Die Volkshochschulen und andere Bildungsträger sind dabei wichtige Partner.

Die Zukunftswerkstatt in Buchholz bereichert mit ihrem vielfältigen Angebot die Bildungslandschaft im Landkreis.

6. Mobilität der Zukunft sichern und verbessern

Wir fordern den Abbau von Verkehrsbehinderungen und einen sinnvollen Ausbau der vorhandenen Verkehrswege. Wo sich der Verkehr nur noch im Kriechtempo bewegt, kann sich keine dynamische Wirtschaft entfalten und die Lebensqualität sinkt. Die

Verkehrspolitik muss auch, abgestimmt mit unseren Nachbarn, über die Landkreisgrenzen hinausgreifen. Die Freien Demokraten setzen sich wie in der Vergangenheit besonders für Lösungen auf problematischen Straßenabschnitten ein.

Wir fordern:

- Mit Priorität die Fortsetzung der Planungsarbeiten beim Landkreis zur Ostumfahrung Buchholz, um eine Stau-Erstickung der Stadt endlich zu beenden!
- Den eingeleiteten Brücken-Erneuerungsbau Bendestorfer Straße/Nähe Holzweg in der Express-Bauweise konsequent weiter zu verfolgen, um so die Gesamtbauteilzeit von den ursprünglich geplanten rd. 1 ½ Jahre auf 40 Tage zu reduzieren und bereits in 2027 mit angemessenen Fuß- und Radwegen umzusetzen!
- Den Bau von Entlastungsstraßen, wie Elbmarsch zur Verbesserung des Wirtschafts- und Berufsverkehrs
- Sichere Pendler-Parkplätze an Autobahn-Anschlussstellen im Bereich vom Landkreis Harburg
- Die begonnen Maßnahmen zum sechsspurigen Ausbau der A1 von Dübbersen bis zum Horster Dreieck zügig fortzusetzen.

Die Freien Demokraten setzen sich für die A21 als Ostumfahrung Hamburgs im Trassenverlauf der B404 als Nord-Süd-Autobahnverbindung mit Verknüpfungen zu der A1 und A39 ein. Diese würde deutlich zur Stauvermeidung im Landkreis beitragen. Damit wird auch gleichzeitig der Landkreis Harburg als Wirtschaftsstandort noch attraktiver.

Ein weiterer Neu- und Ausbau von Rastanlagen und Stellplätzen an den Autobahnen im Bereich des Landkreises ist erforderlich. Diese beiden Maßnahmen sind aber nur bei angemessener Beteiligung der Anlieger und der Kommunen unter Abwägung aller Standort-Alternativen und nur bei hohem Immissionsschutz akzeptabel.

Für die Freien Demokraten hat neben dem Wirtschaftsverkehr auch der Individualverkehr Anspruch auf Freizügigkeit. Mit partnerschaftlichen Lösungen für Auto, Bus, Bahn und Fahrrad werden alle Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Harburg mobiler.

Wir fordern eine bessere und engere Vernetzung aller Verkehrssysteme. Dabei muss bevorzugt auf die Bedürfnisse der nach Hamburg-Pendelnden Rücksicht genommen werden; auf der Straße ebenso wie auf der Schiene. Wir fordern ein Konzept für sichere Pendler-Parkplätze an den Landkreis tangierenden Autobahn-Anschlussstellen.

Wir begrüßen die Einbindung in den HVV. Das hat sich für die Bevölkerung des Landkreises bewährt. Eine weitere Entlastung für unsere Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Harburg ist eine Anpassung und Änderung der Tarifzonen, unter Einbeziehung von Winsen, Buchholz und möglichst auch Tostedt sowie die Sicherstellung ausreichender Parkplätze an den P&R-Bahnhöfen. Damit auch weiterhin die Attraktivität der Nahverkehrszüge nach Hamburg gewährleistet sind fordern wir an allen Bahnhöfen Kapazitätserhöhungen durch Bahnsteigs-Verlängerungen.

Dem Ampelfetischismus muss weiter Einhalt geboten werden. Bei der Sanierung und beim Neubau von Kreuzungen und Unfallschwerpunkten fordern die Freien Demokraten moderne, ampelfreie Kreisverkehre.

Nur dort, wo Unfallschwerpunkte eindeutig erkannt worden sind, ist die FDP für eine gezielte und temporäre Verkehrsüberwachung. Stationäre Geschwindigkeits-Überwachungssysteme sowie generelle Überwachungen, die als „Ausbeutung der Verkehrsteilnehmer“ gesehen werden, lehnen wir ab. Auf der Basis von Auswertungen und Analysen der Unfallschwerpunkte müssen vielmehr verkehrstechnische Lösungen zur grundsätzlichen Unfallvermeidung entwickelt und umgesetzt werden.

Der Öffentliche Personennahverkehr muss zuverlässig und innovativ sein
Der Ausbau und die Beibehaltung eines verlässlichen öffentlichen Personennahverkehrs (**ÖPNV**) und eine

funktionierende verkehrstechnische Vernetzung innerhalb des Landkreises sind aus unserer Sicht wesentliche Punkte, um die Attraktivität für seine Bewohnerinnen und Bewohner aufrecht zu halten und weiter zu stärken. Wir fordern im Schienenverkehr mehr Pünktlichkeit und bessere Anbindungen nach Hamburg und Lüneburg-
Mit der neuen Busverbindung Winsen über Salzhausen nach Tostedt wurde eine wichtige Lücke im Busnetz geschlossen. Die beschlossene Verbindung Hollenstedt-Tostedt ist ein weiterer Schritt zu besseren Busvernetzungen im Landkreis!
Die On-Demand-Angebote Elbmobil ist weiter voranzutreiben
Wir fordern den flexiblen Abrufverkehr mit Minibus per APP. Aber hierzu sind dringlich Fördermittel zu beschaffen!

Für zukünftige Busse stehen Elektro-Antriebe aus Emissionsgründen zur Diskussion, aber der Landkreis könnte die umfassenden Investitions-Mittel (Antriebs-Aggregate, Speicher, Stromtransporte) nicht abdecken. Hier müssen Bund und Land entscheidende Fördermittel bereitstellen.

Die Schaffung eines umfassenden Radwegenetzes im Landkreis Harburg, das auch mehr Wege abseits der Straßen erschließt, findet ebenso unsere Unterstützung, wie die Forderung, dass bei einer Straßensanierung immer die Radwege mit saniert werden, sofern dies erforderlich ist. Die Sicherheit der Radfahrenden verlangt, dass bei der Sanierung von Radwegen die Übergänge zu alten Trassen nutzungsgerecht herzurichten sind. Guter Radwege-Ausbau bedeutet aber auch, dass Sanierung vor Neubau steht!

7. Verwaltungsabläufe – digital und effizient

Die Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern der entscheidende Hebel für Zukunftsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit!

Wir wollen eine moderne, leistungsfähige Kreis-Verwaltung und den Prozess einer Konzentration unserer Landkreis-Verwaltung auf seine Kernaufgaben konsequent weiter überprüfen und erforderliche Veränderungen vorantreiben. Das zwingt zu einer ständigen Bewertung, ob die Aufgaben, die bisher vom Landkreis wahrgenommen werden, auch künftig in öffentlich-rechtlicher Verantwortung erfolgen müssen. Wir achten konsequent darauf, dass die Politik

weiterhin regulierend eingreifen kann. Privatisierungen-Veränderungen sind entsprechend abzuwägen.

Was im Bereich der freien Wirtschaft sinnvoll ist, kann auch in der öffentlichen Verwaltung nicht ganz verkehrt sein. Auch eine Behörde muss es sich gefallen lassen, auf ihre Kosten-Nutzen-Relationen überprüft zu werden. Sie ist ein Dienstleistungsbetrieb, der weitgehend nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen organisiert und geführt werden muss. Messende und lernende Vergleiche mit anderen Kreisverwaltungen sowie Kooperationen mit anderen Verwaltungen sind weiterhin erfolgreich fortzusetzen. Die bisher umgesetzten Kooperationen auf verschiedenen Verwaltungsebenen sind Zeugnis für erfolgreiche Effizienz-Verbesserungen.

8. Motivation zum Ehrenamt stärken

Die FDP will Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement stärken

Das Ehrenamt ist eine tragende Säule unseres Landkreises. In Vereinen, Feuerwehren, Hilfsorganisationen, der Kultur, im Sport, in der Jugendarbeit, der Seniorenarbeit und in vielen sozialen Initiativen engagieren sich Menschen freiwillig für ihre Mitmenschen und ihre Heimat. Dieses Engagement schafft Gemeinschaft, stärkt den Zusammenhalt der Generationen und macht unseren Landkreis lebenswerter. Wir Freie Demokraten treten dafür ein, ehrenamtliches Engagement zu erleichtern und zu fördern. Vereine und Initiativen sollen sich auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren können – nicht auf immer neue bürokratische Anforderungen. Deshalb wollen wir Verwaltungsabläufe vereinfachen, bei Fördermittelanträgen unterstützen, Digitale Möglichkeiten erweitern.

Gleichzeitig braucht das Ehrenamt mehr Anerkennung und bessere Rahmenbedingungen. Dazu gehören weitere Qualifizierungsangebote für Ehrenamtliche und Vereinsvorstände ebenso wie eine stärkere Vernetzung von Vereinen, Kommunen, Wirtschaft und sozialen Einrichtungen im Landkreis. Besonders wichtig ist uns, junge Menschen frühzeitig für ehrenamtliches Engagement zu gewinnen und ihnen Verantwortung zuzutrauen. Ehrenamt lebt von Freiheit, Eigenverantwortung und Vertrauen. Wer sich für andere einsetzt, verdient Respekt und verlässliche Unterstützung statt zusätzlicher Auflagen. Unser Ziel ist ein Landkreis, in dem bürgerschaftliches Engagement auch in Zukunft attraktiv bleibt und Menschen, die Verantwortung übernehmen, spürbaren Rückenwind erhalten.

9. Trotz steigender Herausforderungen – Kreisfinanzen stabilisieren

Wer Steuern senken will, muss sagen, wo gespart werden soll. Wir Liberalen haben keine Angst vor unpopulären Vorschlägen. Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Wir haben in den vergangenen Jahren viele Ideen erarbeitet und umgesetzt, die dabei geholfen haben, die Kreisfinanzen nicht noch defizitärer werden zu lassen.

Aber es gefährdet jede finanzielle Handlungsfähigkeit, wenn steigend über 2/3 des Haushalts- Etats mit gesetzlichen Zahlungsverpflichtungen im sozialen Bereich aufgewendet werden müssen.

Aus kommunaler Sicht ist die starke Abhängigkeit von Arbeitsplätzen außerhalb unseres Landkreises mittel- bis langfristig Gift für unsere Haushaltslage. In unserem Landkreis wird im nächsten Jahrzehnt der Bevölkerungsanteil deutlich auf über 65 Jahre steigen. Durch diese demografische

Entwicklung werden die Steuereinnahmen des Landkreises daher weiter sinken lassen. Wir wollen Angebote für Menschen verbessern, die Hilfe und Förderung brauchen. Daher lautet unsere Maxime: "Fördern und Fordern". Das aus Steuergeldern, von der Solidargemeinschaft der Bürger, finanzierte Auffangnetz für Menschen, die in Not geraten sind, ist sinnvoll und hilfreich, aber Ansprüche und Pflichten müssen wieder in eine Balance überführt werden.

Wir Liberalen wollen bei staatlichen Leistungen mehr Kontrolle, damit Landkreise, Städte und Gemeinden wieder finanzielle Sicherheit für ihre Zukunftsplanungen gewinnen.

10. Mensch und Umwelt in Einklang bringen

Wir möchten den grünen Landkreis Harburg bewahren und, im Einklang mit der Umwelt, weitere Entwicklungsmöglichkeiten erkunden. Die Freien Demokraten setzen sich für sinnvollen Naturschutz ein, lehnen aber eine Öko-Ideologie ab. Wir stehen hinter Projekten der unteren Naturschutzbehörde wie z.B. der Schaffung einer Luheschleife bei Luhmühlen, der Renaturierung eines Teiles des Goldbaches bei Moisburg, sowie des Schutzes der alten Eichenwälder im Büsenbachtal.

Die Jägerschaft leistet, unter anderem zur Regulierung ökologischer Schäden, hervorragende Arbeit und wird deshalb von den Liberalen unterstützt. Bei Bereitstellung von Flächen für den Wohnungsbau und die Ansiedlung von Gewerbe muss ein möglichst flächensparender und ressourcenschonender Weg gegangen werden.

Der Ankauf von Flächen durch die Stadt Hamburg ist zu verhindern, da sich Hamburg mit diesen Flächen von eigenen Verpflichtungen freikaufen will und den Landkreis in seiner Entwicklung schwächt und behindert.

Hamburg braucht für seine Bevölkerung unser Heidewasser und die Heide

braucht Hamburgs finanzielle Unterstützung bei der ökologischen Sicherung unseres Grundwassers und der Schutzgebietsflächen. Entnommen werden darf nur die Menge, die nachweislich für unsere Nachbarn unverzichtbar erforderlich ist und die in unserer Landschaft keinen Schaden anrichtet.

Klimawandel bzw. steigende Temperaturen können den Zustand unserer Oberflächengewässer, des Grundwassers und aller damit verbundenen Ökosysteme beeinflussen. Die FDP beteiligt sich deshalb an der Entwicklung eines Wasserbewirtschaftungskonzeptes des Landkreises, das in den nächsten Jahren ein wichtiges umweltpolitisches Thema sein wird.

Nach der Aufnahme des Wolfes in das Bundes- bzw. Landesjagdrecht gilt es in den kommenden Jahren ein wirksames Vor-Ort-Wolfsmanagement zu entwickeln. Hier sind Weidetierhalter und Jägerschaft zu beteiligen. Niemand will den Wolf ausrotten, Problemwölfe müssen aber umgehend entnommen werden. Darüber hinaus muss es möglich werden, Deich- und Küstenregionen, wo aufgrund vieler Wasserläufe Weideschutz-Maßnahmen unmöglich sind, wolfsfrei zu halten.

11. Älter werden im Landkreis Harburg – selbstbestimmt, aktiv und gut

Eine alternde Gesellschaft verlangt neue Antworten für das Zusammenleben. Die Bedürfnisse unterschiedlicher Lebensphasen und Altersgruppen werden durch eine liberal geprägte Politik berücksichtigt. Faktische Altersgrenzen in den Köpfen und Vorschriften wollen wir einreißen. Seniorinnen und Senioren haben Anspruch auf Teilhabe an allen gesellschaftlichen Entscheidungen und Weiterbildungsmaßnahmen.

Der demografische Wandel verändert unseren Landkreis nachhaltig. Die Zahl älterer Menschen wächst, gleichzeitig verändern sich die Anforderungen an Wohnen, Pflege, Mobilität und gesellschaftliche Teilhabe. Für uns Freie Demokraten ist dies eine Chance, den Landkreis generationengerecht und zukunftsfähig zu gestalten. Wir setzen uns für ein selbstbestimmtes Leben im Alter ein. Seniorinnen und Senioren sollen so lange wie möglich eigenständig in ihrem vertrauten Umfeld leben können. Dafür braucht es gute Rahmenbedingungen, moderne Infrastruktur und passgenaue Unterstützungsangebote.

Wir fördern generationenübergreifende Projekte und stärken den Austausch zwischen Jung und Alt. Nachbarschaftliche Netzwerke, ehrenamtliches Engagement und familiennahe Dienstleistungen leisten einen wichtigen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Erfahrungen und Kompetenzen älterer Menschen sind wertvoll und verdienen Anerkennung. Teilhabe endet nicht mit dem Eintritt in den Ruhestand. Wir wollen

Seniorinnen und Senioren aktiv in gesellschaftliche und politische Entscheidungsprozesse einbinden und den Zugang zu Bildungs- und Weiterbildungsangeboten sichern. Lebenslanges Lernen ist für uns ein liberales Grundprinzip. Die Volkshochschulen und andere Bildungsträger sind dabei wichtige Partner.

Wir unterstützen die wichtige Arbeit des Kreissenioresrates als starke Interessenvertretung der älteren Generation. Seine Erfahrungen und Anregungen sind ein wichtiger Baustein für eine zukunftsfähige Seniorenpolitik im Landkreis Harburg.

Barrierefreiheit muss bei allen öffentlichen Investitionen selbstverständlich mitgedacht werden. Öffentliche Gebäude, Verkehrsflächen und digitale Angebote sollen grundsätzlich barrierefrei gestaltet und bestehende Hindernisse schrittweise abgebaut werden. Ebenso unterstützen wir eine altersgerechte Quartiersentwicklung mit kurzen Wegen, guter Nahversorgung und Orten der Begegnung.

Ein zentrales Zukunftsthema ist die Pflege. Für uns gilt der Grundsatz „ambulant vor stationär“. Unser Ziel ist es, dass Menschen so lange wie möglich selbstbestimmt in ihrer vertrauten Umgebung leben können. Deshalb wollen wir die häusliche Pflege stärken und pflegende Angehörige wirksam entlasten.

Dazu gehören der Ausbau von Tages-, Kurzzeit- und Nachtpflegeangeboten sowie bedarfsgerechte Beratungs- und Unterstützungsangebote. Pflege darf nicht zur Überforderung von Familien führen. Wir setzen auf Wahlfreiheit, Eigenverantwortung und passgenaue Unterstützungsangebote. Gleichzeitig wollen wir die Gewinnung und Bindung von Pflegefachkräften stärken und die Zusammenarbeit aller Akteure im Gesundheits- und Pflegebereich weiter verbessern.

Bezahlbarer und altersgerechter Wohnraum ist eine wesentliche Voraussetzung für ein selbstbestimmtes

Leben im Alter. Deshalb unterstützen wir den Ausbau barrierefreier Wohnungen, innovativer Wohnformen sowie generationenübergreifender Wohnprojekte. Die Kreiswohnungsbaugesellschaft kann hierbei ein wichtiger Partner sein.

Unser Ziel ist ein Landkreis Harburg, in dem Menschen in jedem Lebensalter selbstbestimmt, sicher und mit hoher Lebensqualität leben können. Eine generationengerechte Politik stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und macht unseren Landkreis fit für die Zukunft.

12. - Breite Absicherung für die Gesundheit

Wie alle Bereiche der Daseinsvorsorge ist auch die Gesundheitsversorgung im Umbruch. Der Kostendruck im Klinikbereich zwingt zum Handeln. Die FDP unterstützt die erfolgreichen Bemühungen unserer Kreiskrankenhäuser durch stärkere Vernetzung der medizinischen Angebote, Binnenrationalisierung, Schaffung eines neuen Kostenbewusstseins und die Kooperation mit anderen Kliniken. Es gehört zu den grundlegenden Verpflichtungen des Landkreises, Vorsorge für Leben und Gesundheit der Bevölkerung in jeder Krisen-, Gefährdungs- und Katastrophenlage zu treffen.

Palliativ- und geriatrische Versorgung in Buchholz und Winsen sichern und weiterentwickeln

Die Krankenhäuser in Buchholz und Winsen leisten bereits heute einen wichtigen Beitrag zur palliativmedizinischen und geriatrischen Versorgung in unserer Region. Diese bestehenden Strukturen sind gut aufgestellt und für viele Patientinnen und Patienten sowie ihre Angehörigen von großer Bedeutung. Die FDP setzt sich dafür ein, diese Angebote dauerhaft zu sichern, weiter auszubauen und an die wachsenden Bedarfe anzupassen.

Gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels gewinnen sowohl die Palliativversorgung als auch die Geriatrie weiter an Relevanz. Wir wollen die interdisziplinäre

Zusammenarbeit zwischen Krankenhäusern, niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten, Pflege, Hospizdiensten und ambulanten Angeboten stärken. Ziel ist eine wohnortnahe, qualitativ hochwertige Versorgung, die Selbstbestimmung, Würde und Lebensqualität in den Mittelpunkt stellt.

Die Krankenhäuser in Buchholz und Winsen sollen auch künftig als leistungsfähige medizinische Zentren erhalten bleiben. Geriatrische Kompetenz und palliative Angebote sind dabei ein wesentlicher Bestandteil einer zukunftsfesten Krankenhauslandschaft und einer verlässlichen Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum.

Unser Landkreis hat einen geringen Einfluss auf die ärztliche Versorgung. Er kann lediglich finanzielle Anreize zur Förderung der Niederlassung und Anstellung von Hausärztinnen und Hausärzten bieten. Das schon seit einigen Jahren sehr erfolgreiche „Stadt-Land-Praxis“ Konzept setzt das um und wird von uns Liberalen unterstützt und mit weiterentwickelt.

13. Sport und Freizeit

Sport steigert die Lebensqualität und fördert die Integration und die Gesundheit der Menschen. Die Liberalen fordern deshalb für den Landkreis und seine Gemeinden ein kommunales, mit Vereinen und Bürgerinnen und Bürgern abgestimmtes, zukunfts-orientiertes Sport- und Freizeitkonzept, das die fachlichen Kompetenzen bündelt.

Die FDP tritt auch künftig für die kostenfreie Nutzung der Schulsport-Hallen durch die Sportvereine ein. Die FDP tritt dafür ein, dass der Schulsport weiter auch durch Kooperations- und Partnerschaftsmodelle mit Vereinen gefördert wird.

Die Verantwortung, die Sport- und Freizeitvereine in unserer Gesellschaft tragen, wird von den Liberalen ausdrücklich anerkannt. Die FDP wird daher auch künftig für die Förderung der Vereine eintreten.

Die Wegeverbindungen für die Freizeit sind in Landkreis abseits der Autostraßen weiter auszubauen, wobei für Reitwege separate und eindeutig gekennzeichnete Pfade zu entwickeln sind.

Jugendarbeit muss dezentral in den Kommunen stattfinden, vom Landkreis Gemeinde-übergreifend fachlich unterstützt und von den Städten und Gemeinden als Recht der nächsten Generation akzeptiert werden.

14. Kunst und Kultur zum Erleben

Regionalgeschichte auseinanderzusetzen. Dabei soll vermittelt werden, wie fließend historische Übergänge von völkischer Kulturkritik zu Demokratiefeindlichkeit sein konnten. Eine solche Auseinandersetzung stärkt das Bewusstsein für Freiheit, Toleranz, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Werte.

Eine Kreismusikschule bleibt ein langfristiges Ziel, um musikalische Bildungsangebote im Landkreis zu bündeln und allen Kindern einen möglichst gleich Kunst und Kultur sind nach unserer Fassung Ausdruck einer freien Gesellschaft, die das Gemeindeleben lebenswerter, schöner und interessanter gestaltet.

Kunst und Kultur als Motoren für Innovation und Kreativität sind in dieser Zeit auch ein qualitativer Wirtschafts- und Standortfaktor und tragen wesentlich zur Lebensqualität der Menschen im Landkreis bei.

Liberale setzen auch auf musikalische Bildung, um das kulturelle Erbe für die nachfolgenden Generationen zu erhalten.

Eine enge Vernetzung der Kulturschaffenden, eine Bündelung und Förderung des vorhandenen kulturellen Angebots und die Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen sind liberale Ziele für unseren Kulturlandkreis.

Der Landkreis verfügt über eine vielfältige Kulturlandschaft mit Museen, Bühnen, Musik- und Kunstangeboten sowie zahlreichen ehrenamtlich getragenen

Initiativen. Diese Vielfalt soll besser vernetzt und für Bürgerinnen und Bürger sowie Gäste leichter zugänglich gemacht werden.

Einrichtung eines digitalen Kulturkalenders für den gesamten Landkreis zur gemeinsamen Präsentation kultureller Veranstaltungen und Angebote.

Stärkung des bestehenden Ausschusses für Kunst und Kultur als zentrale Plattform zur Koordinierung und Bündelung kultureller Aktivitäten im Landkreis. Ausbau der Zusammenarbeit zwischen kulturellen Einrichtungen, Kommunen, Schulen und ehrenamtlichen Trägern. Das inzwischen als gemeinnützige GmbH betriebene Freilichtmuseum am Kiekeberg ist ein herausragender Bestandteil der regionalen Kulturszene. Es verbindet kulturelles Erbe mit einem wichtigen Bildungsauftrag für junge Menschen und vermittelt Geschichte auf anschauliche Weise.

Ebenso nimmt die Kunststätte Bossard eine besondere Stellung ein. Sie soll als außerschulischer Lernort für Schülerinnen und Schüler im Landkreis weiter gestärkt werden.

Demokratiebildung stärken – Kunststätte Bossard als Lernort etablieren!

Die unabhängigen Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ) München–Berlin bieten eine wissenschaftlich fundierte Grundlage für die zeitgeschichtliche Vermittlung in unserer Region. Auf dieser Basis soll die Kunststätte Bossard dauerhaft als außerschulischer Lernort

etabliert werden.

Ziel ist es, Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich kritisch und eigenständig mit der Regionalgeschichte auseinanderzusetzen. Dabei soll vermittelt werden, wie fließend historische Übergänge von völkischer Kulturkritik zu Demokratiefeindlichkeit sein konnten. Eine solche Auseinandersetzung stärkt das Bewusstsein für Freiheit, Toleranz, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Werte.

Eine Kreismusikschule bleibt ein langfristiges Ziel, um musikalische Bildungsangebote im Landkreis zu bündeln und allen Kindern einen

möglichst gleichberechtigten Zugang zu ermöglichen, angesichts der derzeitigen finanziellen Situation ist eine Umsetzung jedoch nicht realisierbar, weshalb die bestehenden Musikschulen gezielt und nicht nach dem Gießkannenprinzip gestärkt werden sollen – insbesondere durch verbindliche Kooperationen mit Kitas und Schulen im Rahmen des Landesprogramms „Wir machen die Musik“.

Kulturelle Bildung ist für uns kein ideologisches Projekt, sondern ein Beitrag zur Persönlichkeitsbildung und zur Stärkung einer offenen, liberalen Gesellschaft.

15. Integration der Gesellschaft fördern

Bisher zeigt Deutschland eine Willkommenskultur für Flüchtlinge aus Krisenstaaten, die europaweit einmalig ist. Auch im Landkreis Harburg kümmern sich viele Ehrenamtliche vorbildlich um diese Menschen. Die bisher sehr gute

Unterstützung durch die Kreisverwaltung muss beibehalten werden. Die bisherige Unterstützung durch die Gemeinde-, Stadt- und Kreisverwaltungen, ist im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten weiterzuführen.

Daher fordert die FDP, dass

- Die Unterbringung der Flüchtlinge weiterhin nachhaltig und langfristig geplant wird, sodass auch eine Nachnutzung der Gebäude perspektivisch möglich ist;
 - Eine möglichst kleinteilige Unterbringung, um die Integration zu erleichtern, anzustreben ist;
 - das Land Niedersachsen ausreichend Personal und finanzielle Mittel für die Sprachförderung zur Verfügung stellt;
 - Sportvereine unterstützt werden, um über gemeinsame Aktivitäten die Integration zu beschleunigen;
 - Auch Eigeninitiative der Flüchtlinge mit Bleiberecht zur Integration eingefordert und gefördert wird.
- Für anerkannte Flüchtlinge sind die Kommunen verantwortlich.

Konkret erforderliche Umsetzungen

- Patenschaften sind zu fördern, um die Deutschkenntnisse rasch aufzubauen;
- Sind Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt zu entwickeln;
- Müssen zügig neue Wohngebiete ausgewiesen werden, um bezahlbaren Wohnraum für alle Mitbürgerinnen und Mitbürger bauen zu können;
- Müssen mit Investoren umgehend Konzepte zum Wohnungsbau für bezahlbare und sozial geförderte Wohnungen entwickelt werden, von denen alle gesellschaftlichen Gruppen profitieren;
- Muss die gesellschaftliche Integration gefördert werden;
- Müssen Integrationsprogramme speziell für Kinder entwickelt werden;
- Müssen die Kindertagesstätten für alle entsprechend ausgebaut werden;
- Müssen der Bund und das Land Niedersachsen die finanzielle Verantwortung übernehmen.

Unsere Region braucht qualifizierte Fachkräfte. Der Zugang zum Arbeitsmarkt für anerkannte Vertriebene muss erheblich vereinfacht und beschleunigt werden, da sie kurz- und mittelfristig einen kleinen Teil des Fachkräftemangels

im Landkreis Harburg decken können. Es ist zu prüfen, welche lokalen Initiativen der Landkreis Harburg starten kann, um hier auf kommunaler Ebene pragmatische Lösungen zu finden.

16. Zivilschutz und Katastrophenschutz stärken

Die FDP will mit Priorität den Zivilschutz im Landkreis Harburg stärken

Der Schutz von Leben und Gesundheit der Bevölkerung in Krisen-, Gefährdungs- und Katastrophenlagen gehört zu den grundlegenden Verpflichtungen des Landkreises. Feuerwehren, sowie weitere Hilfeleistungs- und Rettungsorganisationen leisten dabei einen unverzichtbaren Beitrag – getragen von vielen ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Dieses Engagement werden wir weiterhin mit Nachdruck unterstützen.

Um den wachsenden Anforderungen der Gefahrenabwehr gerecht zu werden, müssen Ausrüstung und Infrastruktur regelmäßig an neue Einsatzerfordernisse angepasst werden. Dazu gehören moderne Einsatzfahrzeuge, leistungsfähige Funk- und Warnsysteme, eine verlässliche Notstromversorgung, zeitgemäße Schutzkleidung sowie moderne Ausbildungs- und Übungsmöglichkeiten. Ehrenamtlicher Dienst kann nur erfolgreich sein, wenn den Helferinnen und Helfern die notwendigen Werkzeuge zur Verfügung

stehen, um ihre Aufgaben sicher und wirkungsvoll erfüllen zu können.

Auch die Leitstellenstruktur muss zukunftsfähig aufgestellt werden. Nach Prüfung aller entscheidenden Aspekte muss perspektivisch eine zukunftsweisende Entscheidung über den Standort der Feuerwehr- und Rettungsleitstelle getroffen werden, damit der Landkreis den aktuellen und künftigen Anforderungen im Brand-, Rettungs- und Katastrophenschutz gerecht werden kann.

Angesichts der veränderten Sicherheitslage wollen wir den Zivilschutz bei kommunalen Planungen konsequent mitdenken. Insbesondere bei Schulneubauten und anderen öffentlichen Gebäuden sollen Aspekte des Bevölkerungsschutzes bereits in der Planungsphase berücksichtigt werden. Bestehende Förderprogramme von Bund und Land sind dabei systematisch zu prüfen und nach Möglichkeit zu nutzen, um die Sicherheit und Krisenvorsorge in unserer Kommune und Landkreis nachhaltig zu stärken.



FDP Kreisverband Harburg-Land
Aladinweg 7, 21244 Buchholz
0151 420 128 62
harburg-land.freie-demokraten.de